

# Der neue Kalte Krieg gegen China

von John Bellamy Foster

(Jul 01, 2021)

autom. per DeepL übersetzt. Orig. unter

<https://monthlyreview.org/2021/07/01/the-new-cold-war-on-china/>



Der Wettbewerb zwischen den USA und China kann eine Konfrontation vermeiden

Peking hat immer wieder versucht, die Spannungen zu entschärfen und einen neuen Kalten Krieg abzuwenden, den viele vorhersagen. Kredit: "Der Wettbewerb zwischen den USA und China kann eine Konfrontation vermeiden: China Daily editorial," China Daily, 28. Oktober 2018.

Am 24. März 2021 erschien in *Foreign Affairs*, dem Flaggschiff des Council on Foreign Relations, der wichtigsten Denkfabrik für die große Strategie der USA, ein viel beachteter Artikel mit dem Titel "There Will Not Be a New Cold War". Der Autor, Thomas Christensen, Professor für internationale Angelegenheiten an der Columbia University und ehemaliger stellvertretender Staatssekretär für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten in der Regierung von George W. Bush, räumte sogar ein, dass "die Regierung [Donald] Trump China im Grunde den Kalten Krieg erklärt hat." <sup>1</sup> Dennoch würde es nicht zu einem neuen Kalten Krieg kommen, so Christensen optimistisch, da Washington unter Joe Biden vermutlich von Trumps extremer Politik gegenüber China abrücken würde, da es "eine entscheidende Position in der globalen Wertschöpfungskette" einnehme. <sup>2</sup> Peking könne nicht als aggressive Macht in ideologischer oder geopolitischer Hinsicht betrachtet werden, sondern sei lediglich an wirtschaftlichem Wettbewerb interessiert.

Was Christensens Analyse jedoch ausklammerte, war jede Erwähnung des imperialistischen Weltsystems, das von der US-Hegemonie gekrönt wurde und nun durch Chinas scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg und sein eigenes, unverwechselbares souveränes Projekt bedroht ist. <sup>3</sup> In

dieser Hinsicht war die Verfolgung eines Neuen Kalten Krieges gegen China durch die Trump-Administration keine Anomalie, sondern vielmehr die unvermeidliche Antwort der USA auf Chinas Aufstieg und das Ende von Washingtons unipolarem Moment. So wie die Vereinigten Staaten in den 1940er und 50er Jahren den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und China als Teil einer großen Strategie zur Sicherung ihrer globalen Hegemonie in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erklärten, so erklären sie heute einen Neuen Kalten Krieg gegen China im Interesse der Aufrechterhaltung eben dieser imperialen Hegemonie.

Nur wenige Tage bevor Christensens Artikel in Foreign Affairs in Druck ging, in dem er erklärte, dass es keinen neuen Kalten Krieg geben werde, machte die Biden-Administration deutlich, dass sie nicht nur beabsichtigte, den neuen Kalten Krieg fortzusetzen, sondern ihn sogar zu beschleunigen und auf eine höhere Stufe zu heben. Dies zeigte sich bei den ersten hochrangigen bilateralen Gesprächen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China nach der Wahl Bidens zum US-Präsidenten, die am 18. März 2021 im Captain Cook Hotel in der Innenstadt von Anchorage stattfanden, wobei US-Außenminister Antony Blinken und der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan dem chinesischen Direktor des Büros der Zentralkommission für Auswärtige Angelegenheiten Yang Jiechi und dem chinesischen Außenminister Wang Yi gegenübermaßen.<sup>4</sup>

In der Woche vor diesem hochrangigen Treffen hatte Washington die Weichen gestellt und durch sein Handeln seine Absicht signalisiert, einen hyperaggressiven Kalten Krieg 2.0 gegen China zu führen. So traf Biden am 12. März mit den Staatsoberhäuptern Japans, Indiens und Australiens zusammen, die die neue militärstrategische Quad-Allianz unter Führung der USA repräsentieren, die weithin als Versuch angesehen wird, ein asiatisches Gegenstück zur Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) zu schaffen. Die Quad gab eine gemeinsame Erklärung ab, deren gesamter Subtext die Feindseligkeit gegenüber China war.<sup>5</sup> Am selben Tag setzte die US Federal Communications Commission fünf chinesische Unternehmen, darunter Huawei, auf die schwarze Liste.<sup>6</sup> Am späten 16. März, weniger als zwei Tage vor Beginn der bilateralen Gespräche mit China, erneuerte die Biden-Administration als Reaktion auf die Unterdrückung abweichender Meinungen in Hongkong Sanktionen gegen vierundzwanzig Beamte der chinesischen Regierung.<sup>7</sup>

In Abweichung vom diplomatischen Protokoll erklärte Blinken zu Beginn der bilateralen Gespräche am 18. März in Anchorage unverblümt, dass er und der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin gerade von einem Treffen mit ihren Amtskollegen in Japan und Korea zurückgekehrt seien, zwei führenden militärischen Verbündeten der USA, die viele der Bedenken Washingtons gegenüber China teilen. Washingtons Ziel sei es, "die Interessen der Vereinigten Staaten zu fördern und die auf Regeln basierende internationale Ordnung zu stärken", sagte er. Dann wandte er sich direkt an Peking und verwies auf die "große Besorgnis über die Handlungen Chinas, unter anderem in Xinjiang, Hongkong, Taiwan, Cyberangriffe auf die Vereinigten Staaten und wirtschaftliche Nötigung unserer Verbündeten. Jede dieser Aktionen bedroht die auf Regeln basierende Ordnung, die die globale Stabilität aufrechterhält". Die Vereinigten Staaten seien nicht nur bereit, mit China zu konkurrieren und in einigen Bereichen "zusammenzuarbeiten", sondern auch, wenn nötig, stark "gegnerisch" zu sein.

Sullivan verwies im Anschluss daran auf Bidens Gastgeberschaft für den "Gipfel der Quad-Führer" in der Vorwoche und auf die Sicherheitsbedenken der Quad-Militärallianz im indopazifischen Raum und stellte damit den kriegerischen Pakt, der sich in Asien gegen Peking bildet, in den Vordergrund. Er fügte hinzu, dass die Verbündeten und Partner der USA "Bereiche der Besorgnis" in Bezug auf Chinas Einsatz von "wirtschaftlichem und militärischem Zwang" bei seinen "Angriffen auf grundlegende Werte" zum Ausdruck gebracht hätten und dass die Vereinigten Staaten einen "harten Wettbewerb" mit China begrüßen würden, dass sie aber auch, wie er andeutete, auf einen umfassenden Konflikt vorbereitet seien.<sup>8</sup>

Yang antwortete darauf, dass China "das auf die Vereinten Nationen ausgerichtete internationale System und die internationale Ordnung, die auf dem Völkerrecht beruht, und nicht das, was von einer kleinen Anzahl von Ländern als so genannte regelbasierte internationale Ordnung propagiert wird", nachdrücklich unterstütze. "Das chinesische Volk", sagte er, "schart sich voll und ganz um die Kommunistische Partei Chinas. Unsere Werte sind die gleichen wie die gemeinsamen Werte der Menschheit. Diese sind: Frieden, Entwicklung, Fairness, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie." Er betonte, dass China und die Vereinigten Staaten ganz unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie vertreten. Er verglich die Außenpolitik Pekings mit der Washingtons, sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart:

Wir glauben nicht an eine Invasion durch Gewaltanwendung, an den Sturz anderer Regime mit verschiedenen Mitteln oder an Massaker an der Bevölkerung anderer Länder.... Die Vereinigten Staaten haben die Rechtsprechung und Unterdrückung mit langen Waffen ausgeübt und [ihre] nationale Sicherheit durch den Einsatz von Gewalt oder finanzieller Hegemonie überstrapaziert, was zu Hindernissen für normale Handelsaktivitäten geführt hat, und die Vereinigten Staaten haben auch einige Länder dazu gebracht, Angriffe auf China zu starten.... Was Xinjiang, Tibet und Taiwan betrifft, so sind sie [jeweils] ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums. China ist entschieden gegen die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Chinas. Wir haben unseren entschiedenen Widerstand gegen eine solche Einmischung zum Ausdruck gebracht, und wir werden entschlossen darauf reagieren.

Yang betonte, dass Washington keine Grundlage habe, Peking in Sachen Menschenrechte zu belehren, wenn man seine eigene Bilanz betrachte, wie sie durch die Proteste der Black-Lives-Matter-Bewegung symbolisiert werde. "Die Vereinigten Staaten selbst repräsentieren nicht die internationale öffentliche Meinung, und die westliche Welt auch nicht". In Bezug auf "Cyberangriffe" erklärte er: "Ob es um die Fähigkeit geht, Cyberangriffe zu starten, oder um die Technologien, die eingesetzt werden könnten, die Vereinigten Staaten sind in dieser Hinsicht der Champion. Man kann dieses Problem nicht auf jemand anderen schieben.

Wang wies seinerseits darauf hin, dass

China fordert die USA auf, die hegemoniale Praxis der vorsätzlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas vollständig aufzugeben.... Und insbesondere am 17. März [dem Tag vor dem Treffen] haben die USA ihre so genannten Sanktionen gegen China in Bezug auf Hongkong verschärft, und das chinesische Volk ist empört über diese grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, und die chinesische Seite lehnt sie entschieden ab.... Erst am anderen Tag, vor unserer Abreise, haben die USA diese neuen Sanktionen verabschiedet. So sollte man seine Gäste [bei diesen bilateralen Gesprächen in Alaska] nicht empfangen, und wir fragen uns, ob dies eine Entscheidung der Vereinigten Staaten ist, um zu versuchen, einen Vorteil im Umgang mit China zu erlangen.<sup>9</sup>

Blinken antwortete, indem er erneut auf die von den Verbündeten und Partnern der USA aufgeworfenen Fragen bezüglich Chinas Handlungen, die gegen die auf Regeln basierende internationale Ordnung verstoßen, verwies. Er betonte Washingtons Entschlossenheit, gegen China gerichtete strategische Allianzen aufzubauen. Sullivan verwies dann auf die technologischen Fähigkeiten der USA und die Landung eines weiteren Rovers auf dem Mars, die einige Wochen zuvor in Zusammenarbeit mit den Verbündeten in Europa erfolgte - eine Bemerkung, die darauf abzielte, Chinas geplante Landung seines Rovers Tianwen [Fragen an den Himmel] 1 auf dem Mars, die im Mai stattfinden soll, im Voraus zu entkräften. Er kritisierte die chinesische Delegation scharf für ihre "Vorträge" und "langen, gewundenen Erklärungen".<sup>10</sup>

Yang entgegnete, er habe sich "gezwungen gefühlt, diese Rede zu halten, weil der Ton auf amerikanischer Seite" so sei, dass die US-Diplomaten "aus einer Position der Stärke heraus in herablassender Weise zu China sprechen", was den Anschein erwecke, als hätten sie diese Konfrontation sorgfältig "geplant" und "orchestriert". Im Anschluss daran ging Wang auf Blinkens versteckten Hinweis auf Japan und Südkorea ein, die sich Sorgen über chinesische Nötigung machen. Er wies darauf hin, dass nicht klar sei, ob dies tatsächlich von diesen Ländern selbst stamme oder lediglich eine Projektion der USA sei.<sup>11</sup>

"Für die erstaunte Presse, die dem Austausch beiwohnte, war es, wie Thomas Wright, ein Senior Fellow der Brookings Institution, kurz darauf im Atlantic bemerkte, "wie der Beginn eines neuen Kalten Krieges".<sup>12</sup> Tatsächlich schrieben David Stilwell, ehemaliger stellvertretender Außenminister für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten unter Trump, und Dan Negrea, Senior Associate des Center for Strategic and International Studies, zehn Tage später im National Interest: "Dreißig Jahre nach dem Untergang der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges befindet sich die Welt in einem neuen Kalten Krieg", in dessen Mittelpunkt China steht.<sup>13</sup>

In den folgenden Wochen setzte Washington seine aggressiven Angriffe auf China fort:

22. März: Die Vereinigten Staaten, die Europäische Union, das Vereinigte Königreich und Kanada verhängen Sanktionen gegen vier chinesische Beamte wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang.<sup>14</sup>

24. März: Die Außenminister der dreißig NATO-Staaten erklären sich bereit, in Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten und Partnern im asiatisch-pazifischen Raum den "autoritären Bedrohungen der auf Regeln basierenden internationalen Ordnung" entgegenzutreten, wobei sie China als gemeinsamen Feind ausmachen.

25. März: Eine Woche nach den bilateralen Gesprächen erklärt Biden in einer Pressekonferenz, dass "Xi [Jinping, der Präsident der Volksrepublik China] nicht einen demokratischen - mit einem kleinen 'd' - Knochen in seinem Körper hat" und bezeichnet ihn als "Autokraten".<sup>15</sup>

28. März: Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai kündigt an, dass die Vereinigten Staaten nicht beabsichtigen, die von Trump verhängten Zölle auf chinesische Importgüter aufzuheben, die einen Großteil der chinesischen Exporte in die Vereinigten Staaten betreffen und multinationale Unternehmen dazu bringen sollen, ihre Wertschöpfungsketten von China abzukoppeln.<sup>16</sup>

30. März: Die Biden-Administration beschuldigt China einseitig des "Völkermords und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit" und legt dies offiziell in ihrem jährlichen Menschenrechtsbericht dar, obwohl sie keine glaubwürdigen Beweise zur Untermauerung ihrer Anschuldigungen vorlegt.<sup>17</sup>

8. April: Washington setzt sieben chinesische Supercomputerfirmen auf die schwarze Liste.<sup>18</sup>

30. April: Die Regierung Biden arrangiert ein öffentliches Treffen zwischen offiziellen Vertretern des US-Außenministeriums und ihren taiwanesischen Amtskollegen. Damit wird die seit den 1970er Jahren bestehende Vereinbarung mit China - bekannt als die Drei Kommuniqués - gebrochen, nach der die Vereinigten Staaten alle offiziellen Kontakte mit Taiwan vermeiden, das China als Teil des einen Chinas mit zwei Regierungssystemen betrachtet.<sup>19</sup>

5. Mai: Die Gruppe der sieben kapitalistischen Kernländer, bestehend aus den Vereinigten Staaten, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada, präsentiert sich als globaler Garant der "regelbasierten internationalen Ordnung" und kritisiert China scharf wegen seiner inneren Angelegenheiten.<sup>20</sup>

7. Mai: In einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats unter dem Vorsitz von Wang Yi kritisiert Blinken China und Russland für die Missachtung des Völkerrechts und nennt China, das er wiederholt des Völkermordes beschuldigt hat, zwar nicht namentlich, erklärt aber: "Die Behauptung, dass die nationale Gerichtsbarkeit für den Völkermord zuständig ist, ist nicht richtig: "Die Behauptung der nationalen Zuständigkeit gibt keinem Staat einen Blankoscheck, um sein Volk zu versklaven, zu foltern, verschwinden zu lassen, ethnisch zu säubern oder auf andere Weise die Menschenrechte zu verletzen." <sup>21</sup>

26. Mai: (1) Biden wies die US-Geheimdienste an, die Labortheorie über den Ursprung von SARS-CoV-2 in China zu untersuchen; (2) Kurt Campbell, Koordinator für indo-pazifische Angelegenheiten im Nationalen Sicherheitsrat und Bidens Asien-Zar, erklärte, dass "die Periode, die allgemein als Engagement [mit China] beschrieben wurde, zu Ende gegangen ist".<sup>22</sup>

In den ersten hundert Tagen ihrer Amtszeit verschwendete die Regierung Biden keine Zeit damit, den militärischen Druck der USA auf China zu verstärken. Von Januar bis April 2021 nahmen die militärischen Aktivitäten der USA entlang der Grenzen Chinas stark zu, wobei das Eindringen von US-Militärschiffen in von China beanspruchte Hoheitsgewässer um 20 Prozent und das Eindringen

von US-Militärflugzeugen in den chinesischen Luftraum um 40 Prozent zunahm. Im März entsandte Deutschland ein gegen China gerichtetes Kriegsschiff ins Südchinesische Meer, wobei Washington "Deutschlands Unterstützung für eine auf Regeln basierende internationale Ordnung im Indopazifik" begrüßte. Im April entsandten die Vereinigten Staaten eine zusätzliche Flugzeugträgerkampfgruppe, um ihre Streitkräfte im Südchinesischen Meer zu verstärken. Unterdessen entsendet Großbritannien seine Flugzeugträgerkampfgruppe Queen Elizabeth II ins Südchinesische Meer, um den Indopazifik zu erobern. Die Vereinigten Staaten verfügen derzeit über vierhundert Militärstützpunkte und etwa 375.000 Mann Kommandopersonal (militärisch und zivil) im indopazifischen Raum rund um China, darunter mehr als achtzigtausend in Japan und Südkorea stationierte Soldaten.<sup>23</sup>

In diesem Gesamtzusammenhang betrachtet, ist die Konfrontation zwischen Washington und Peking in Anchorage nicht einfach nur ein wütender Schlagabtausch zwischen verärgerten Diplomaten, sondern offenbart die grundlegenden Konturen der imperialen Großstrategie der USA gegenüber China sowie die Art von Chinas strategischer Antwort. Washingtons Beharren auf einer "regelbasierten internationalen Ordnung" im Gegensatz zu Pekings Eintreten für eine umfassende UNO-basierte Ordnung souveräner Staaten, die durch das Völkerrecht gestützt wird (traditionell als westfälisches System bezeichnet), ist mehr als ein Streit über Phraseologie. Vielmehr steht er für die derzeitige Strategie der USA, China zu zwingen, sich der hegemonialen politisch-wirtschaftlichen Ordnung zu fügen, die von einer Allianz der Großmächte unter Führung der USA auferlegt wird, um die derzeitigen imperialen Machtverhältnisse "festzuschreiben".<sup>24</sup> China hat darauf hingewiesen, dass, wenn die "auf Regeln basierende Ordnung" "von den USA allein festgelegt wird, sie nicht als internationale Regeln bezeichnet werden kann, sondern eher als 'hegemoniale Regeln'... Wenn sie sich auf Regeln bezieht, die von den USA und einer Handvoll anderer Länder festgelegt werden, dann kann sie auch nicht als internationale Regeln bezeichnet werden, sondern eher als 'Cliquenregeln', die dem Grundsatz der Demokratie zuwiderlaufen und von der Mehrheit der Länder in der Welt nicht akzeptiert werden." <sup>25</sup>

Insbesondere die Vereinigten Staaten und die anderen kapitalistischen Volkswirtschaften an der Spitze des Weltsystems, insbesondere die Triade USA/Kanada, Westeuropa und Japan, setzen sich nicht nur für den Erhalt der in der Ära des Kalten Krieges geschmiedeten hegemonialen Institutionen wie der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sowie des Systems der von den USA dominierten Militärbündnisse ein, sondern auch für den Erhalt der von den USA und den USA selbst geschaffenen internationalen Institutionen. dominierten Militärbündnisse, sondern auch das, was als post-westfälisches System oder liberale internationale Ordnung bezeichnet wird, die während der Ära des "nackten Imperialismus" in den 1990er Jahren bis heute entstanden ist und durch das Vakuum ermöglicht wurde, das durch das Verschwinden der Sowjetunion von der Weltbühne und den daraus resultierenden "unipolaren Moment" der USA entstanden ist. <sup>26</sup> In der Zeit nach dem Kalten Krieg haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten einen kontinuierlichen Strom "humanitärer Interventionen" in die Angelegenheiten anderer Staaten durchgeführt und damit eine Ära des immerwährenden Krieges geschaffen, die mit der Ausweitung der Macht der USA (und der NATO) in Osteuropa mit der Zerstückelung Jugoslawiens sowie mit militärischen Interventionen im Nahen Osten und in Afrika begann und die Souveränität von Staaten verletzte.<sup>27</sup> Diese neue aggressive imperiale Haltung wurde mit der "Schutzverantwortung"

und der Förderung von "Demokratie" und "humanitären" Werten legitimiert - wie sie von den Vereinigten Staaten und anderen kapitalistischen Kernmächten bestimmt werden, die für die "regelbasierte internationale Ordnung" eintreten.<sup>28</sup>

Das strategische Ziel des Neuen Kalten Krieges gegen China besteht aus Sicht der USA und ihrer Verbündeten nicht so sehr darin, China wirtschaftlich, politisch und militärisch einzudämmen - was nicht möglich ist -, sondern vielmehr Wege zu finden, es einzuschränken und es ihm unmöglich zu machen, trotz seiner aufstrebenden Machtposition Veränderungen in der Weltordnung zu bewirken. Die neue kaiserliche Großstrategie zielt also darauf ab, die berühmte "Kanonenbootdiplomatie", die der Qing-Dynastie von den führenden kaiserlichen Mächten während des "Jahrhunderts der Demütigung" Chinas von den Opiumkriegen bis zum Zweiten Weltkrieg aufgezwungen wurde, auf globaler Ebene (und im thermonuklearen Zeitalter) zu wiederholen.<sup>29</sup> Symbolisiert wurde dies vor allem durch die britische Zerstörung des kaiserlichen Sommerpalastes im Jahr 1860, um die Qing-Dynastie zu demütigen. Im Jahr 1900, während des so genannten Boxeraufstandes (Yihetuan-Bewegung), fielen die Großmächte im Rahmen der so genannten Acht-Nationen-Allianz (damals bestehend aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn, Italien, Japan und Russland) in China ein, um der Qing-Dynastie ihre Autorität aufzuzwingen und dem Land weitere ungleiche Verträge aufzuzwingen.<sup>30</sup> Zur Begründung wurde damals unter anderem angeführt, dass China sich den internationalen Handels- und Verhaltensregeln anpassen müsse.<sup>31</sup>

Analog zur Behandlung Chinas im 19. und frühen 20. Jahrhundert soll China heute gemäß der aktuellen imperialen Großstrategie der USA durch ein breites Bündnis imperialer Mächte wirtschaftlich, geopolitisch und militärisch in die Schranken gewiesen werden. Letztlich geht es darum, den Untergang der Kommunistischen Partei Chinas (KPC) herbeizuführen und China fest an die imperiale Ordnung des globalen Monopolkapitals zu binden, während es auf einen dauerhaften subalternen Status reduziert wird. Das Hauptmittel, um dies zu erreichen, wird ein System ungleicher Verträge sein - eine auf Regeln basierende internationale Ordnung -, die von einer Koalition von Großmächten mit den Vereinigten Staaten an der Spitze auferlegt wird.<sup>32</sup>

Der wichtigste Mechanismus, um China zu besiegen, wurde 2017 von dem Harvard-Außenpolitiker Graham Allison, einem Mitglied des Council on Foreign Relations, in seinem Buch *Destined for War: Can America Escape the Thucydides Trap?* beschrieben, einem Werk, das von Biden, dem ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger und dem ehemaligen CIA-Direktor und ehemaligen Kommandeur des US Central Command David Petraeus hoch gelobt wurde. Mit Allisons Worten:

Die US-Streitkräfte könnten im Geheimen separatistische Aufständische ausbilden und unterstützen. Die Risse im chinesischen Staat sind bereits vorhanden. Tibet ist im Wesentlichen besetztes Gebiet. Xinjiang, eine traditionell islamische Region im Westen Chinas, beherbergt bereits eine aktive uigurische Separatistenbewegung, die einen kleinen Aufstand gegen Peking führt. Und die Taiwanesen, die Pekings harte Hand in Hongkong beobachten, brauchen kaum Ermutigung, um sich einer Wiedervereinigung mit dieser zunehmend autoritären Regierung zu widersetzen. Könnte

die Unterstützung der USA für diese Separatisten Peking in Konflikte mit radikalen islamistischen Gruppen in ganz Zentralasien und im Nahen Osten hineinziehen? Wenn ja, könnten diese zu einem Sumpf werden, der die sowjetische Intervention in Afghanistan widerspiegelt, wo die von den USA unterstützten Mudschaheddin-"Freiheitskämpfer" die Sowjetunion ausbluten ließen?

Eine subtile, aber konzentrierte Anstrengung, die Widersprüche im Kern der chinesischen kommunistischen Ideologie hervorzuheben, könnte mit der Zeit das Regime untergraben und Unabhängigkeitsbewegungen in Taiwan, Xinjiang, Tibet und Hongkong fördern. Indem sie China zu Hause zersplittern und Peking in die Aufrechterhaltung der inneren Stabilität verwickeln, könnten die USA Chinas Herausforderung der amerikanischen Vorherrschaft abwenden oder zumindest erheblich verzögern.<sup>33</sup>

All dies ist nun die Politik des Neuen Kalten Krieges.<sup>34</sup> Indem sie China mit dem Vorwurf des "Völkermords" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" in Bezug auf die eigene Bevölkerung angreifen, können die Vereinigten Staaten ihren Neuen Kalten Krieg gegen China rechtfertigen, einschließlich ihrer hybriden Kriegsführung, die eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, technologischen, Cyber- und traditionelleren offenen und verdeckten militärischen Mitteln kombiniert.<sup>35</sup>

## **Die "regelbasierte Ordnung" und die neue imperiale Großstrategie der USA**

Der führende US-Theoretiker der regelbasierten internationalen Ordnung ist G. John Ikenberry, Professor für Politik und internationale Angelegenheiten an der Princeton University und Mitglied des Council on Foreign Relations, dessen Arbeit die Regierung Biden stark beeinflusst hat.<sup>36</sup> In einem berühmten Aufsatz aus dem Jahr 2004 über "Liberalism and Empire" (Liberalismus und Imperium) leugnete Ikenberry zwar nicht, dass die USA in der Vergangenheit und Gegenwart oft durch imperiale Vorherrschaft gekennzeichnet waren (er ging sogar so weit, führende linke revisionistische Historiker wie William Appleman Williams, Gabriel Kolko und Joyce Kolko zu zitieren), argumentierte aber dennoch entschieden gegen diejenigen in den Kreisen der US-Außenpolitik, die glaubten, dass sich die Vereinigten Staaten offen als Imperium aufführen sollten.<sup>37</sup> Eine effektivere hegemoniale Strategie, so argumentierte Ikenberry damals, bestünde darin, den unipolaren Moment zu nutzen, um eine regelbasierte internationale Ordnung zu etablieren, die die globale Vorherrschaft der USA und des Westens als vollendete Tatsache bis weit in die Zukunft hinein sichern würde, selbst im Angesicht einer eventuell schwindenden Macht der USA.<sup>38</sup>

Als Chinas historischer Aufstieg immer offensichtlicher wurde, schrieb Ikenberry 2008 einen Aufsatz für Foreign Affairs mit dem Titel "The Rise of China and the Future of the West" (Der Aufstieg Chinas und die Zukunft des Westens), in dem er darauf bestand, dass das "globalisierte kapitalistische System" und die westliche liberale internationale Ordnung nur erhalten werden könnten, wenn die direkte Hegemonie der USA einer regelbasierten Ordnung weichen würde, die



durch das kollektive Gewicht der Vereinigten Staaten und ihrer wichtigsten Verbündeten durchgesetzt wird.<sup>39</sup> Auf diese Weise könnte eine "amerikanisch geführte liberale Hegemonialordnung" auf unbestimmte Zeit gesichert werden.<sup>40</sup> Wie US-Außenministerin Hillary Clinton es formulierte, war es von entscheidender Bedeutung, die Entstehung einer "multipolaren Welt" zu verhindern, indem man an ihrer Stelle eine "Multi-Partner-Welt" einrichtete, eine Reihe von US-geführten Bündnissen und Partnerschaften, die Washingtons fortgesetzte Dominanz im einundzwanzigsten Jahrhundert garantieren würden.<sup>41</sup>

Diese Vorstellung von einer regelbasierten Ordnung als Mittel zur Organisation einer globalen Konterrevolution fand in den Vereinigten Staaten und vor allem im Pentagon starke parteiübergreifende Unterstützung. Für Trumps Verteidigungsminister James N. Mattis (bekannt als Mad Dog Mattis), der am 20. Juli 2017 vor den Kabinettssekretären und den Stabschefs sprach, war "das größte Geschenk, das uns die größte Generation hinterlassen hat, die regelbasierte internationale Nachkriegsordnung", was er durch den Verweis auf "farbige Darstellungen der NATO, der Kapitalmärkte und verschiedener Handelsabkommen, die die Vereinigten Staaten unterzeichnet haben", veranschaulichte, die nicht für das Völkerrecht - und schon gar nicht für das UN-System -, sondern für die von den USA und der NATO dominierte liberale internationale und strategische Ordnung stehen.<sup>42</sup>

Im Mittelpunkt des gesamten Konzepts einer hegemonialen, regelbasierten internationalen Ordnung steht laut Ikenberry also die Überwindung eines UN-Systems, das auf die souveräne Gleichheit der Staaten und eine polyzentrische Welt ausgerichtet ist und China und Russland als ständige Mitglieder des Sicherheitsrats einschließt. Stattdessen soll die regelbasierte internationale Ordnung die in den 1990er Jahren eingeführten Veränderungen kodifizieren, indem sie den "kontingenten Charakter der Souveränität" festschreibt, so dass die Großmächte "das Recht - ja sogar die moralische Pflicht - haben, in krisengeschüttelten Staaten zu intervenieren, um Völkermord und Massenmord zu verhindern". Die Interventionen der NATO auf dem Balkan und der Krieg gegen Serbien", so schrieb er, "waren richtungsweisende Aktionen dieser Art".<sup>43</sup> Die Doktrin des humanitären Imperialismus, die auf dem "Recht auf Schutz" basiert, wurde somit zum Schlüssel für die Definition der regelbasierten internationalen Ordnung.

Dieser Begriff des kontingenten Charakters der Souveränität wurde von Richard Haass, dem ehemaligen stellvertretenden Außenminister, der während der Präsidentschaft von George W. Bush für die politische Planung zuständig war, und jetzigen Leiter des Council on Foreign Relations, verdeutlicht, der erklärte, dass der Wechsel zu einer begrenzteren Auffassung von Souveränität die neue hegemoniale Auffassung widerspiegelt, dass "Souveränität kein Blankoscheck ist. Vielmehr ist der souveräne Status davon abhängig, dass jeder Staat bestimmte grundlegende Verpflichtungen erfüllt, sowohl gegenüber seinen eigenen Bürgern als auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Wenn ein Regime diesen Verpflichtungen nicht nachkommt oder seine Vorrechte missbraucht, riskiert es, seine souveränen Privilegien zu verlieren, im Extremfall sogar seine Immunität gegen bewaffnete Interventionen".<sup>44</sup> Und wenn es um bewaffnete Interventionen geht, sind die Vereinigten Staaten, wie Haass an anderer Stelle berühmt argumentierte, der selbsternannte "Sheriff" der internationalen Ordnung, während der Rest der Triade das "Aufgebot" ist.<sup>45</sup> Obwohl

sich die Vereinigten Staaten in letzter Zeit über die chinesische Aggression und ihre wachsende globale Bedrohung beklagt haben, verfügt Washington als globaler Sheriff über bis zu tausend Militärbasen auf dem gesamten Globus, viele davon in der Umgebung Chinas.<sup>46</sup>

Die Doktrin einer auf Regeln basierenden internationalen Ordnung wurde benutzt, um die ständigen Militärinterventionen der USA und der NATO sowie die von den USA unterstützten Putsche gegen die Bevölkerung in fünf der sechs bewohnten Kontinente seit den 1990er Jahren zu rechtfertigen - alles im Namen der Förderung von Demokratie und Menschenrechten.<sup>47</sup> "Der liberale Internationalismus", so Ikenberry, sein stärkster intellektueller Verteidiger, in seinem jüngsten Werk, "ist in der Ära der amerikanischen globalen Vorherrschaft in fast ständige militärische Interventionen verwickelt", während das wirtschaftliche Gegenstück dazu im Neoliberalismus zu einer bloßen "Plattform von Regeln und Institutionen für kapitalistische Transaktionen" geworden ist, die ausnahmslos die Machthaber begünstigen.<sup>48</sup>

## **Die Volksrepublik China: Eine aufstrebende souveräne Supermacht**

Als Karl Marx und Friedrich Engels im Januar 1850 die ersten Anfänge der Taiping-Revolution (1850-64) in China kommentierten, wiesen sie auf die Geburt des "chinesischen Sozialismus" hin. Sie wiesen darauf hin, dass europäische Reaktionäre mit ihren Armeen eines Tages an den Grenzen Chinas ankommen könnten, um dort "die Inschrift" zu finden:

République Chinoise,

Liberté, Egalité, Fraternité<sup>49</sup>

Die außerordentlich vorausschauende Einsicht von Marx und Engels war ein Jahrhundert zu früh. Sechs Jahre, nachdem sie dies geschrieben hatten, griffen die britischen und französischen Armeen China im Zweiten Opiumkrieg erneut an und nutzten die durch die Taiping-Revolution verursachten Unruhen, um die europäische Auferlegung ungleicher Verträge auf China auszuweiten. Damit knüpften sie an einen Prozess an, den die Briten im Ersten Opiumkrieg 1839 eingeleitet hatten, an dessen Ende China im Vertrag von Nanking 1842 gezwungen worden war, Hongkong an Großbritannien abzutreten.<sup>50</sup> Die Opiumkriege leiteten in China das Jahrhundert der Demütigung ein, das bis zum Sieg der chinesischen Revolution 1949 und der Gründung der Volksrepublik China andauern sollte.<sup>51</sup> Die Zeit der Demütigung gilt mit Mao Zedongs Rede "Das chinesische Volk ist aufgestanden" am 21. September 1949, seiner Eröffnungsrede auf der Ersten Plenartagung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, als endgültig beendet. Bei dieser Gelegenheit erklärte Mao:

Das chinesische Volk, das ein Viertel der Menschheit ausmacht, hat sich jetzt erhoben. Die Chinesen waren schon immer ein großes, mutiges und fleißiges Volk; nur in der Neuzeit sind sie ins

Hintertreffen geraten. Und das ist ausschließlich auf die Unterdrückung und Ausbeutung durch den ausländischen Imperialismus und die reaktionären Regierungen im Inland zurückzuführen. Mehr als ein Jahrhundert lang haben unsere Vorfahren unermüdlich gegen in- und ausländische Unterdrücker gekämpft, einschließlich der Revolution von 1911 unter der Führung von Dr. Sun Yat-sen, unserem großen Vorreiter der chinesischen Revolution.... Wir haben unsere Reihen geschlossen und sowohl inländische als auch ausländische Feinde durch den Volksbefreiungskrieg und die große Volksrevolution besiegt, und jetzt verkünden wir die Gründung der Volksrepublik China.... Wir werden nicht länger eine Nation sein, die Beleidigungen und Demütigungen ausgesetzt ist. Wir haben uns erhoben.... Unsere nationale Verteidigung wird gefestigt, und kein Imperialist wird jemals wieder in unser Land eindringen dürfen.... Es lebe die Gründung der Volksrepublik China!<sup>52</sup>

Heute konzentriert sich die Volksrepublik China darauf, in einem jahrhundertelangen Kampf, der 2049 seinen Höhepunkt erreichen soll, die verbleibenden Spuren dessen zu überwinden, was Mao die "Geschichte der Beleidigung und Erniedrigung" nannte, die bis zu den Opiumkriegen zurückreicht.<sup>53</sup> Dabei hat sie einen Kurs eingeschlagen, der als "Chinas Traum" bekannt ist, der von Xi im November 2012 verkündet wurde, aber den gesamten Weg der chinesischen postrevolutionären Entwicklung widerspiegelt. "Nur durch die Aufrechterhaltung des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen", so Xi, "können wir die gesamte Partei, die gesamte Nation und die Menschen aller ethnischen Gruppen zusammenbringen und führen, um bis zum hundertsten Jahrestag der KPCh im Jahr 2021 eine Gesellschaft mit gemäßigtem Wohlstand zu verwirklichen und China bis zum hundertsten Jahrestag der Volksrepublik China im Jahr 2049 in ein wohlhabendes, demokratisches, kulturell fortschrittliches und harmonisches sozialistisches Land zu verwandeln. "<sup>54</sup> Hinzu kommt das längerfristige Ziel, eine ökologische Zivilisation und ein schönes China zu schaffen, wobei die Ökologie als "die umfassendste Form des öffentlichen Wohlergehens" angesehen wird.<sup>55</sup> Das erste Hundertjahrziel, das von 2021, wird nun als erfüllt angesehen. Das zweite Hundertjahr-Ziel muss jedoch noch erreicht werden. Die Hundertjahrfeier der Volksrepublik China im Jahr 2049 soll durch die "sozialistische Modernisierung" die "nationale Verjüngung" Chinas markieren, das endlich über das Jahrhundert oder mehr der ausländischen und inländischen Unterdrückung triumphiert hat, die zu der großen Divergenz zwischen China und dem Westen geführt hat.<sup>56</sup>

Angetrieben von diesem souveränen historischen Projekt ist China ein Feind des Imperialismus und ein starker, unbeirrbarer Verfechter des westfälischen Systems staatlicher Souveränität geblieben, nicht nur im Sinne des Westfälischen Friedens und der UN-Charta, sondern auch als Befürworter der antiimperialistischen Ziele der Dritte-Welt-Konferenz von Bandung 1955, die sich unter anderem auf V. I. Lenins Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen stützte und die Gleichberechtigung der Entwicklungsländer sowie die Bedeutung einer polyzentrischen Welt betonte.<sup>57</sup> Xi formulierte diese antiimperialistische Haltung im Jahr 2017:

„Von den Grundsätzen der Gleichheit und Souveränität, die vor über 360 Jahren im Westfälischen Frieden festgelegt wurden, bis hin zum internationalen humanitären Charakter, der vor über 150 Jahren in der Genfer Konvention bekräftigt wurde; von den vier Zielen und sieben Grundsätzen, die vor über 70 Jahren in der UN-Charta verankert wurden, bis hin zu den fünf Grundsätzen der

friedlichen Koexistenz, die vor über 60 Jahren auf der Konferenz von Bandung verabschiedet wurden, haben sich im Laufe der Entwicklung der internationalen Beziehungen viele Grundsätze herausgebildet, die weithin akzeptiert wurden. Diese Grundsätze sollten uns beim Aufbau einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit leiten.

Die souveräne Gleichheit war in den vergangenen Jahrhunderten die wichtigste Norm für die Beziehungen zwischen den Staaten und das Kardinalprinzip, das von den Vereinten Nationen und ihren Organisationen und Institutionen beachtet wird. Das Wesen der souveränen Gleichheit besteht darin, dass die Souveränität und Würde aller Nationen, ob groß oder klein, stark oder schwach, reich oder arm, geachtet werden muss; ihre inneren Angelegenheiten dulden keine Einmischung, und sie haben das Recht, ihr Gesellschaftssystem und ihren Entwicklungsweg unabhängig zu wählen.<sup>58</sup>

Chinas antiimperialistische Haltung ist mit seinem gesamten Entwicklungsweg verknüpft. Sein außerordentlicher Fortschritt, einschließlich der mehr als vierfachen Vergrößerung seiner Wirtschaft seit Ende der 1970er Jahre und der jüngsten Beseitigung der absoluten Armut, hängt nicht nur von seiner zunehmenden Integration in die Weltwirtschaft ab, sondern auch, und das ist nicht weniger wichtig, von den Beschränkungen, die es dem kapitalistischen Charakter dieser Integration auferlegen konnte.<sup>59</sup> Entscheidend ist in diesem Zusammenhang das Vorhandensein einer Reihe von sozialistisch orientierten Schlüsselementen, die das chinesische System auszeichnen: (1) gesellschaftliches Eigentum an Grund und Boden, das auf dem Lande teilweise immer noch kollektiv von Dorfgemeinschaften verwaltet wird; (2) staatliche Kontrolle von Geld und Finanzen; (3) staatliches Eigentum an Schlüsselsektoren der Industrie, einschließlich der Banken, was hohe Investitionsquoten ermöglicht; und (4) ein die Marktwirtschaft ergänzendes Planungssystem, das von der KPC mittels Fünfjahresplänen gelenkt wird. Innerhalb der KPCh liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf marxistischen und dialektischen Konzepten, die als Schlüssel zur Verwirklichung von Chinas souveränem Projekt der Schaffung einer modernen, entwickelten "sozialistischen Demokratie" mit chinesischen Merkmalen angesehen werden. Ein Kernelement der chinesischen revolutionären Theorie, Praxis und Konzeption der sozialistischen Demokratie ist die Massenlinie oder die Vorstellung "von den Massen für die Massen".<sup>60</sup> Zusammengenommen kennzeichnen diese Merkmale China als eine postrevolutionäre Gesellschaft, die weder gänzlich kapitalistisch noch gänzlich sozialistisch ist, sondern einen allgemeinen Entwicklungspfad verfolgt, der die Möglichkeit einer weiteren Bewegung in Richtung der letzteren offen hält.<sup>61</sup>

Die innere Dynamik der chinesischen Wirtschaft, ihre hochentwickelte Infrastruktur und ihre niedrigen Lohnstückkosten (die in den Exportindustrien oft zu extremer Ausbeutung führen) haben enorme Investitionen multinationaler Unternehmen angezogen und es China ermöglicht, in der so genannten Dritten Industriellen Revolution, die auf digitaler Technologie basiert, zur neuen Werkstatt der Welt zu werden.<sup>62</sup> Aufgrund der Stärke seines Planungssystems war China in der Lage, einen größeren Teil des insgesamt erwirtschafteten Mehrwerts einzubehalten als die meisten Entwicklungsländer und Partnerschaften mit multinationalen Unternehmen einzugehen, die es ihm ermöglichten, fortschrittliche Technologien zu erwerben.<sup>63</sup>

China ist zwar immer noch ein armes Land mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das nur ein Fünftel desjenigen der Vereinigten Staaten beträgt, hat es aber geschafft, sich an die Spitze dessen zu setzen, was Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums, die vierte industrielle Revolution nennt, die durch neue Technologien gekennzeichnet ist, die die physische, digitale und biologische Welt miteinander verschmelzen sollen.<sup>64</sup> Es sind Chinas technologische Fähigkeiten, seine finanzielle Kontrolle, die die Macht der von den USA dominierten imperialen Ordnung einschränkt, und seine geopolitische Behauptung eines Ein-China, die die Rückeroberung seines historischen Territoriums einschließt, die die kapitalistischen Kernländer am meisten beunruhigt haben. Die Vereinigten Staaten und ihre wichtigsten imperialen Verbündeten würden China gerne fest in der "goldenen Zwangsjacke" der vorherrschenden globalisierten Ordnung gefangen sehen, die die politischen und wirtschaftlichen Freiheiten der Nationen (insbesondere derjenigen außerhalb des Kerns) einschränken und sie daran hindern soll, gegen die bestehenden Regeln und Beziehungen der globalen Macht zu verstoßen.<sup>65</sup>

Ein Teil der gegenwärtigen Verjüngung der historischen Rolle Chinas als Zivilisation, wie sie sich Peking heute vorstellt, ist die Wiederbelebung der alten Seidenstraße, einer Handelsroute, die sich von China über Südasien und den Nahen Osten bis nach Europa erstreckte. Im Herbst 2013 schlug Xi sein riesiges Projekt "Ein Gürtel, eine Straße" (im Westen als "Gürtel- und Straßeninitiative" bekannt) vor, das den Bau eines Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtels vorsieht, der sich von Süd- und Zentralasien bis in den Nahen Osten und nach Europa erstreckt, gekoppelt mit einer maritimen Seidenstraße des einundzwanzigsten Jahrhunderts, die China über verschiedene Seewege mit Südostasien, dem Nahen Osten, Afrika und Europa verbinden soll. Im Jahr 2017 dehnte China seine maritime Seidenstraße weiter nach Lateinamerika aus. China sollte der Hauptinitiator und Gründer von One Belt, One Road sein und das Startkapital bereitstellen, aber andere Länder wurden eingeladen, sich an der Finanzierung und Planung der Infrastruktur zu beteiligen. Neununddreißig Länder in Afrika südlich der Sahara, vierunddreißig in Europa und Zentralasien, fünfundzwanzig in Ostasien und im Pazifik, achtzehn in Lateinamerika und in der Karibik, siebzehn im Nahen Osten und in Nordafrika und sechs in Südasien sind jetzt an One Belt, One Road beteiligt. Insgesamt umfasst die Gürtel- und Straßeninitiative 139 Länder und fast zwei Drittel der Weltbevölkerung. Wie der Council of Foreign Relations zu seinem Leidwesen feststellte, "lädt Xi Jinping Staatsoberhäupter nach China zu Gürtel- und Straßenforen ein und trägt damit zu der Auffassung bei, dass Peking eine Wirtschaftsmacht auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten ist".<sup>66</sup>

Bei dem Treffen zwischen amerikanischen und chinesischen Spitzendiplomaten in Anchorage im März 2021 lobte Blinken die Bemühungen der derzeitigen US-Regierung, die COVID-19-Pandemie unter Kontrolle zu bringen.<sup>67</sup> Seine chinesischen Kollegen waren davon zweifellos unbeeindruckt. Im Mai 2021 hatten die Vereinigten Staaten über sechshunderttausend Todesfälle durch COVID-19 zu verzeichnen, was einer Sterblichkeitsrate von über 1.800 Todesfällen pro Million entspricht. Im Gegensatz dazu hatte China weniger als fünftausend Todesfälle zu beklagen, was einer Rate von drei Todesfällen pro Million entspricht.<sup>68</sup> Die chinesische Regierung hatte bereits Jahre zuvor auf höchster Ebene auf die Gefahren des Auftretens neuer Pandemien hingewiesen und war folglich weitaus besser vorbereitet. Im Jahr 2017 erklärte Xi vor der UN-Generalversammlung:

"Pandemische Krankheiten wie die Vogelgrippe, Ebola und Zika haben den Alarm für die internationale Gesundheitssicherheit ausgelöst. Die WHO [Weltgesundheitsorganisation] sollte eine führende Rolle bei der verstärkten Überwachung von Epidemien und beim Austausch von Informationen, bewährten Verfahren und Technologien spielen. Die internationale Gemeinschaft sollte die Unterstützung und Hilfe für die öffentliche Gesundheit in afrikanischen Ländern und anderen Entwicklungsländern verstärken"<sup>69</sup> Angesichts des Auftretens eines neuartigen Coronavirus (SARS-COV-2) unternahm die chinesische Regierung in den ersten Tagen verschiedene falsche Schritte (auf lokaler Ebene), woraufhin der chinesische Staat die Epidemie mit voller Kraft angriff, in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, die sich nach dem Modell des "revolutionären Volkskriegs" selbst mobilisierte und sich in den Orten selbst organisierte. Diese revolutionäre Mobilisierung als Reaktion auf die Epidemie war ein durchschlagender Erfolg, der die innere Festigkeit des Gemeinwesens und das enorme revolutionäre Potenzial des chinesischen Volkes verdeutlichte.<sup>70</sup>

China hat erklärt, dass seine COVID-19-Impfstoffe ein "öffentliches Gut" darstellen. Bereits im April 2021 hatte China 48 Prozent seiner im Inland hergestellten Impfstoffe gespendet und exportiert - an achtzig Länder gespendet und an vierzig exportiert. Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich hatten in der Zwischenzeit ihre Impfstoffe an null Länder weitergegeben, während sie auf der Aufrechterhaltung internationaler Patentbeschränkungen für die Impfstoffe bestanden. Bis zum 1. Juni hatte China 323,3 Millionen Dosen seiner COVID-19-Impfstoffe an andere Länder weitergegeben (Ausfuhren und Spenden), die Europäische Union 143,8 Millionen Dosen, hauptsächlich an andere Industrieländer, und die Vereinigten Staaten lediglich 7,5 Millionen Dosen.<sup>71</sup> Washington hat China der "Impfstoffdiplomatie" beschuldigt und behauptet, das Land breche die auf Regeln basierende Ordnung, um "die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten" auf dem internationalen Markt für COVID-19-Impfstoffe "auszustechen".<sup>72</sup> China hat seine Produktion von COVID-19-Impfstoffen auf rund fünf Milliarden Dosen pro Jahr hochgefahren, von denen es den Großteil als internationales öffentliches Gut mit den Entwicklungsländern teilen will.<sup>73</sup>

## **Chinas dritte Revolution und die von den USA angeführte globale Konterrevolution**

In seinem Bericht an den Neunzehnten Nationalkongress der KPCh vom 18. Oktober 2017 erklärte Xi, dass "die chinesische Nation, die seit Beginn der Neuzeit so lange so viel ertragen hat [eine Anspielung auf die Opiumkriege und das Jahrhundert der Erniedrigung], eine gewaltige Transformation erreicht hat: Sie hat sich erhoben, ist besser dran und stärker geworden; sie hat die glänzenden Aussichten der Verjüngung ergriffen."<sup>74</sup> Für diejenigen, die sich mit der Geschichte der Volksrepublik China auskennen, war klar, dass Xi den gesamten revolutionären Prozess der nationalen Verjüngung meinte. Mao erklärte bekanntlich, dass China mit der chinesischen Revolution aufgestanden sei. In der Ära Deng Xiaoping, die oft als zweite Ära im Prozess der nationalen Verjüngung bezeichnet wird, ging es ebenso eindeutig darum, dass China durch eine rasche wirtschaftliche Entwicklung und Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft besser dasteht. Die neue Ära unter Xis Führung ist darauf ausgerichtet, ein starkes, autarkes und

nachhaltiges chinesisches System aufzubauen, das darauf abzielt, bis 2021 "eine in jeder Hinsicht mäßig wohlhabende Gesellschaft zu schaffen" und bis 2049 "zu umfassenden Anstrengungen zum Aufbau eines großen modernen sozialistischen Landes überzugehen".<sup>75</sup>

Jede Etappe der chinesischen Revolution bedeutete eine größere Veränderung im revolutionären Prozess, so dass die Perioden von Mao, Deng und Xi manchmal als Chinas erste, zweite und dritte Revolution bezeichnet werden.<sup>76</sup> Der "Hauptwiderspruch" in der neuen Ära (oder dritten Revolution), dessen Überwindung laut Xi notwendig ist, wenn China seine Ziele erreichen will, ist die "unausgewogene" oder ungleichmäßige und daher "unzureichende" Natur der chinesischen Entwicklung, die für das kapitalistische Wachstumsmodell charakteristisch ist. Dies äußert sich in einer zunehmenden Ungleichheit zwischen den Klassen, einer Spaltung zwischen ländlichen und städtischen Gebieten, der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung auf Kosten der kulturellen Entwicklung und einer nicht nachhaltigen Beziehung des Menschen zur Umwelt.<sup>77</sup> Daher werden ein sozialistisch motivierter Wandel hin zu größerer wirtschaftlicher Gleichheit, nationaler Autarkie, ökologischer Zivilisation, ländlicher Revitalisierung, kultureller Entwicklung und der Schaffung eines Modells der "doppelten Zirkulation" (das Chinas Abhängigkeit von ausländischen Märkten und Technologien verringern soll) als entscheidend für Chinas Aufstieg zu einer "großen modernen sozialistischen Gesellschaft" <sup>78</sup> angesehen.

Die Führung der KPCh hat China weiterhin als "das größte Entwicklungsland der Welt" definiert, wenn auch als eines, das sich in der "ersten Phase des Sozialismus" befindet, und damit seine direkten Verbindungen zum globalen Süden betont, als dessen Teil es sich sieht. Ihre offizielle internationale Haltung wird von den "fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" diktiert, die wie folgt definiert sind: (1) gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, (2) gegenseitiger Nichtangriff, (3) gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, (4) Gleichheit und gegenseitiger Nutzen und (5) friedliche Koexistenz.<sup>79</sup> Obwohl China als aufstrebende Weltmacht zunehmend beschuldigt wird, eine neue Agenda zu setzen und zu versuchen, die bestehende, auf Regeln basierende internationale Ordnung, die von den kapitalistischen Kernstaaten auferlegt wurde, umzustößen, hat dies eher die Form einer starken Verteidigung des Konzepts der souveränen Gleichheit angenommen, die notwendigerweise der Struktur des bestehenden imperialen Systems zuwiderläuft, als dass es Anarchie oder "Macht macht Recht" bedeutet, wie Blinken bei den bilateralen Treffen am 18. März andeutete.<sup>80</sup>

Der Weg zu Chinas dritter Revolution wird natürlich nicht einfach sein, und was Xi als "Hauptwiderspruch" in Form ungleicher Entwicklung bezeichnet hat, zeigt sich in den gewaltigen Kämpfen, die auf allen Ebenen der Gesellschaft - und in Chinas Außenbeziehungen – stattfinden.

Es wäre keine Übertreibung zu sagen, dass Chinas Dritte Revolution von den Vereinigten Staaten und den anderen kapitalistischen Kernmächten mit einer Mischung aus Unglauben, Schock und Wut begrüßt wurde. Ungewohnt, historisch und dialektisch zu denken, sich auf rein formalistische Analyserahmen zu stützen und an den unvermeidlichen Triumph des Kapitalismus zu glauben, war die vorherrschende Ideologie im Westen buchstäblich die des "Endes der Geschichte".<sup>81</sup> Der

Gedanke, dass Chinas souveränes Projekt schließlich zu einer kritischen Herausforderung der bestehenden kapitalistischen und imperialistischen Ordnung führen würde, anstatt sie zu absorbieren, wurde in Washington daher kaum in Erwägung gezogen. Wie Kurt M. Campbell, ehemaliger stellvertretender Staatssekretär für Ostasien und pazifische Angelegenheiten in der Regierung Barack Obamas, und Ely Ratner, Bidens Kandidat für den Posten des stellvertretenden Verteidigungsministers für indo-pazifische Sicherheitsangelegenheiten, in "The China Reckoning: How Beijing Defied American Expectations" in Foreign Affairs im Februar 2018, war dem US-Establishment die Vorstellung, dass "US-Macht und Hegemonie" es nicht schaffen würden, "China nach dem Geschmack der Vereinigten Staaten zu formen", bis vor kurzem völlig fremd. Noch schockierender war die Entdeckung, dass Chinas neue Ära, die mit Xi verbunden ist, in vielerlei Hinsicht eher dem revolutionären China Maos als der Reformära Dengs ähneln würde.<sup>82</sup>

Die wütende Reaktion der US-Machtelite auf Chinas ungebremstes Streben nach einem eigenen souveränen Projekt bestand darin, einen neuen Kalten Krieg zu entfachen, in dessen Mittelpunkt China steht (und der auch seine Verbündeten wie Russland und den Iran einschließt). In den Kreisen der herrschenden Klasse in den USA wird dies nun als ein neuer Krieg um die Vorherrschaft angesehen - allerdings ohne eine echte historische Analyse, die eine ehrliche Bewertung des Imperialismus in Vergangenheit und Gegenwart erfordern würde. Allisons Destined for War, das Biden direkt beeinflusste, bezog seinen vermeintlichen historischen Rahmen nicht aus einer Konzeption des kapitalistischen Weltsystems oder aus einem Verständnis der imperialen Auferlegung ungleicher Verträge gegen China. Stattdessen wandte er sich einem transhistorischen Konfliktgesetz zu, das mit der "realistischen" Perspektive auf internationale Beziehungen verbunden ist und auf Thukydides, den antiken griechischen Historiker des Peloponnesischen Krieges, zurückgeht, der 411 v. Chr. schrieb "Es war der Aufstieg Athens und die Furcht, die dies Sparta einflößte, die den Krieg unvermeidlich machte." <sup>83</sup>

Im Gegensatz dazu muss aus marxischer Sicht jede sinnvolle Bewertung des hegemonialen Übergangs im Kontext der modernen Welt als ein Produkt der internen Dynamik der kapitalistischen Weltwirtschaft gesehen werden, die im Laufe ihrer Geschichte durch den Imperialismus des Kerns gegen die Peripherie und durch periodische Kriege um die imperiale Hegemonie gekennzeichnet war: die einzige "Antwort", die das kapitalistische System auf die Frage der Weltmacht geben kann.<sup>84</sup>

In dieser Logik zielt der von den USA initiierte Neue Kalte Krieg gegen China darauf ab, die führenden imperialistischen kapitalistischen Staaten in einer globalen Allianz zu vereinen, die darauf abzielt, Peking zusammen mit seinen Verbündeten und der gesamten Peripherie des kapitalistischen Systems an die von der Triade kontrollierte regelbasierte internationale Ordnung zu binden und gleichzeitig die chinesische Wirtschaft, den Motor des Weltwirtschaftswachstums, in Gang zu halten. China ist anerkanntermaßen zu groß, um es einfach zu erobern, und wirtschaftlich zu groß, um es scheitern zu lassen. Nach dem herrschenden Washingtoner Konsens ist daher eine Konterrevolution erforderlich, die von den herrschenden Mächten entfesselt wird und darauf abzielt, China und dem Großteil der Entwicklungsländer ein neues globales Paket ungleicher Verträge aufzuerlegen. Dabei geht es weniger darum, China einzudämmen, als vielmehr darum, es



in die Schranken zu weisen. Letztlich soll eine solche Strategie durch militärische Gewalt unterstützt werden. Dies war es, was Bill Clintons Außenministerin Madeleine Albright als "durchsetzungsfähigen Multilateralismus" bezeichnete. Für Hillary Clinton, die am 6. Mai 2021 in Chatham House sprach, ist es in diesem Zusammenhang unerlässlich, dass die Vereinigten Staaten "die Produktionsmittel von China zurücknehmen", um sicherzustellen, dass China in einem immerwährenden subalternen Zustand gehalten wird.<sup>85</sup>

Zu sagen, dass diese Bedingungen die Weltbevölkerung in eine Ära fast beispielloser Gefahr versetzen, wäre eine Untertreibung. Es kann keinen neuen Kalten Krieg geben, ohne dass es zu einem nuklearen Wettrüsten und einer erhöhten Gefahr eines thermonuklearen Krieges kommt. China, dessen nukleare Sprengköpfe in den unteren 200er Jahren liegen, verglichen mit den 1.400 stationierten Atomsprengköpfen der Vereinigten Staaten, will die Zahl seiner Sprengköpfe bis 2030 verdoppeln. Die Vereinigten Staaten ihrerseits haben sich derzeit verpflichtet, in den nächsten zehn Jahren 500 Milliarden Dollar allein für ihre Nuklearstreitkräfte auszugeben, 50 Milliarden Dollar pro Jahr. Darin enthalten sind 100 Milliarden Dollar für die so genannte bodengestützte strategische Abschreckung, ein landgestütztes nukleares Raketensystem, das das veraltete Interkontinentalraketen-System Minuteman III ersetzen soll. Die bodengestützten strategischen Abschreckungsraketen werden in der Lage sein, sechstausend Meilen weit zu fliegen und dabei ein größeres Wurfgewicht und eine höhere Genauigkeit zu erreichen, wobei jede einzelne einen Sprengkopf trägt, der zwanzigmal so stark ist wie die Bombe, die über Hiroshima abgeworfen wurde.<sup>86</sup>

Die Welt hat den Kalten Krieg überlebt. Wir wissen nicht, ob sie den Neuen Kalten Krieg überleben wird. Die Menschheit des einundzwanzigsten Jahrhunderts steht nun in allen Bereichen ihrer Existenz vor einer unausweichlichen Wahl: "Ruin oder Revolution"<sup>87</sup>.

## Anmerkungen

die vielen Anmerkung bitte im Orig. unter

<https://monthlyreview.org/2021/07/01/the-new-cold-war-on-china/>

oder

<p>1. Thomas J. Christensen, "There Will Not Be a New Cold War," Foreign Affairs, Mach 24, 2021. On the Council on Foreign Relations and the Biden administration, see Laurence H. Shoup, "The Council on Foreign Relations, the Biden Team, and Key Policy Outcomes/" Monthly Review 73, no. 1 (May 2021): 1-21.</p> <p>2. Christensen, "There Will Not Be a New Cold War." Most of Christensen's arguments rely on the unspoken as-</p>	<p>"COVID-19 and Catastrophe Capitalism," Monthly Review 72 no. 2 (June 2020): 14-15.</p> <p>17. "In Report, Biden Administration Formalizes Genocide Declaration in China," Seattle Times, March 30, 2021.</p> <p>To say that charges of genocide are false is not of course to deny that repression has taken place. But the issue remains the former. Claims of Chinese "genocide" in Xinjiang constitutes one of the</p>	<p>Peter Beinart, "Biden's Taiwan Policy Is Truly, Deeply Reckless," New York Times, May 5, 2021; Xi Jinping, The Governance of China, vol. 1, 2nd ed. (Beijing: Foreign Languages Press, 2018), 2; Xi Jinping, The Governance of China, vol. 3 (Beijing: Foreign Languages Press, 2020), 26.</p> <p>20. "G7 Foreign and Development Min-</p>
---	--	---

<p>sumption that a New Cold War would take exactly the same form as the old Cold War. This is of course a misnomer, History does not repeat itself in that way.</p> <p>3. For a persuasive depiction of the prevailing imperialist order, see Cheng Enfu and Lu Baolin, "Five Characteristics of Ne imperialism," Monthly Review 73, no. 1 (May 2021): 22-58.</p> <p>4. "How It Happened: Transcript of the U.S.-China Opening Remarks in Alaska," NIKKEI Asia, March 19, 2021.</p> <p>5. "Quad Leaders' Joint Statement: The Spirit of the Quad/" White House, March 12, 2021.</p> <p>6. "US-China Relations in the Biden-Era: A Timeline." China Briefing, May 13, 2021.</p> <p>7. "US Sanctions 24 China and Hong Kong Officials Ahead of Talks," U.S. News, March 17, 2021.</p> <p>8. "How It Happened."</p> <p>9. "How It Happened."</p> <p>10. "How It Happened."</p> <p>11. "How It Happened."</p> <p>12. Thomas Wright, "The U.S. and China Finally Get Real with Each Other," Atlantic, March 21, 2021.</p> <p>13. David Stilwell and Dan Negrea, "Wanted: Alliance Networks for a New Cold War," National Interest, March 28, 2021.</p> <p>14. "US-China Relations in the Biden-Era."</p> <p>15. "Biden: China's Xi Jinping Doesn't Have 'a Democratic... Bone in His Body'" USA Today, March 25, 2021.</p> <p>16. "Trade War: Biden Administration Not Ready to 'Yank' China Tariffs, but Open to Talks/" Forbes, March 28, 2021; "Biden Has Left Trump's China Tariffs in Place," CNN, March 25, 2021; John Bellamy Foster and Intan Suwandi,</p>	<p>most extreme instances of the Big Lie propaganda technique in modern times.</p> <p>Although repression has been exercised by China in its Xinjiang Autonomous Region in response to terrorist activity in the region, the evidence points to a reality far removed from anything resembling genocide. See "Xinjiang: A Report and Resource Compilation," Qiao Collective, September 1, 2020; "The Xinjiang Genocide Determination as Agenda," Transnational Foundation for Peace and Future Research, April 27, 2021; Kim Petersen, "Does the West Repeating Claims That China Committed Genocide in Xinjiang Reify It?," Dissident Voice, February 22, 2021. Even the Council of Foreign Relations has noted that what indications of repression there are hardly fit the definition of genocide in the Geneva Convention. John B. Bellinger III, "China's Abuse of the Uighurs: Does the Genocide Label Fit?," Council on Foreign Relations, February 3, 2021. For an informative discussion of conditions in China today, see Keith Lamb (interviewed by Alexander Norton), "All the Questions Socialists Have About China but Were Too Afraid to Ask," Challenge, May 24, 2021.</p> <p>18. "US-China Relations in the Biden-Era."</p> <p>19. "China Slams U.S.-China Meeting as Biden Flexes New Diplomatic Muscle Against Beijing," U.S. News, May 5, 2021;</p>	<p>isters' Meeting: Communiqué/' Europe- an Union External Action, May 5, 2021.</p> <p>21. "U.S., Russia, China Poke Each Other at UN Security Council," Reuters, May 7, 2021.</p> <p>22. "Biden Orders Review of COVID Origins as Lab Leak Theory Debated/" Reuters, May 27, 2021; "Biden's Asia Czar Says Era of Engagement with China Is Over," Bloomberg, May 26, 2021.</p> <p>23. "China Says US increasing Military Activity Directed at It," Associated Press News, April 29, 2021; "U.S. Military Activity on China's Borders Has 'Sharply Increased' Since Biden Took Charge," Morning Star, April, 6, 2021; Sam LaGrone, "U.S. Carrier Strike Group, Amphibious Warships Massed in South China Sea as Regional Tensions Simmer," USNI News, April 9, 2021 ; Rick Rozoff, "International Law vs. Rules-Based International Order: China, Russia Call for UN Security Council to Sign Affairs of the People's Republic of China, May 6, 2021.</p>

<p>26. See John Bellamy Foster, <i>Naked Imperialism</i> (New York: Monthly Review Press, 2006).</p> <p>27. Diana Johnstone, <i>Fool's Crusade: Yugoslavia, NATO, and Western Delusions</i> (New York: Monthly Review Press, 2002); Jean Bricmont, <i>Humanitarian Imperialism: Using Human Rights to Sell War</i> (New York: Monthly Review Press, 2006); Horace Campbell, <i>Global NATO and the Catastrophic Failure in Libya</i> (New York: Monthly Review Press, 2013).</p> <p>28. "Foreign Ministry Spokesperson Wang Wenbin's Regular Press Conference on May 6, 2021</p> <p>29. Matt Schiavenza, "How Humiliation Drove Modern Chinese History," <i>Atlantic</i>, October 25, 2013; Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 2, 269-70, Chinese narratives do not emphasize the notion of the Century of Humiliation, since this history is well known and painful, preferring to allude to it indirectly, or referring to the Opium Wars. The emphasis is rather placed on rejuvenation. The notion of China's Century of Humiliation is, however, a central coordinate of U.S. military discussions of China. See Elizabeth C. Economy, <i>The Third Revolution: Xi Jinping and the New Chinese State</i> (Oxford: Oxford University Press, 2018), 3; Major Daniel W. McLaughlin, "Rewriting the Rules: Analyzing the People's Republic of China's Efforts to Establish New International Rules," <i>Journal of Indo-Pacific Affairs: The Department</i></p>	<p>George Bernard Shaw, <i>Fabianism and Empire: A Manifesto of the Fabian Society</i> (London: Grant Richards, 1900), 44-47.</p> <p>32. See John Bellamy Foster, "China 2020: An Introduction," <i>Monthly Review</i> 72, no. 5 (October 2020): 1-5.</p> <p>33. Graham Allison, <i>Destined for War. Can America and China Escape the Thucydides Trap?</i> (Boston: Houghton Mifflin Harcourt, 2017), 224-25.</p> <p>34. Vijay Prashad and Jie Xiong, "Why Xinjiang Is Emerging as the Epicenter</p> <p>35. On the bogus, evidence-less "genocide" and "crimes against humanity" charges directed at China with respect to Xinjiang, and the relation of this to U.S. imperial grand strategy, see Max Blumenthal, "Xinjiang Shakedown: U.S. Anti-China Lobby Cashed in on 'Forced Labor' Campaign that Cost Uyghur Worker Their Jobs," <i>Grayzone</i>, April 30, 2021; Gareth Porter and Max Blumenthal, "US State Department Accusation of China 'Genocide' Relied on Data Abuse and Baseless Claims by Far-Right Ideologue" <i>Grayzone</i>, February 18, 2021.</p> <p>36. Michael Hirsh, "Why Liberal Internationalism Is Still Indispensable and Fixable," <i>Foreign Policy</i>, December 5, 2012,</p> <p>37. G. John Ikenberry, "Liberalism and Empire: Logics of Order in the American Unipolar Age," <i>Review of International Studies</i> 30, no. 4 (2004): 611; Ikenberry, <i>A World Safe for Democracy</i> (New Haven: Yale University Press, 2020), 297; William Appleman Williams, <i>The Tragedy of American Diplomacy</i> (New York: Dell, 1972); Ga-</p>	<p>two-headed monster, but with the New Cold War with China as the principal directive of the administration. Although Mattis, as Trump's secretary of defense, sought to weaponize the notion of the rules-based international order, Trump himself did not subscribe to the notion and was strongly opposed not only by Mattis but also by Blinken, Biden's now Secretary of state, on that basis. Steve Bannon, Trump's White House advisor, referring to Mattis's presentation, re-43. Ikenberry, <i>Liberal Leviathan</i>, 247; Samuel Moyn, "Soft Sells: On Liberal Internationalism," <i>Nation</i>, October 3, 2011, 43.</p> <p>44. Richard Haass, "Sovereignty: Existing Rights, Evolving Responsibilities" (lecture, Georgetown University, January 4, 2003), quoted in Ikenberry, <i>Liberal Leviathan</i>, 249. On Haass, see Foster, <i>Naked Imperialism</i>, 97-106.</p> <p>45. Foster, <i>Naked Imperialism</i>, 115-16; Richard Haass, <i>The Reluctant Sheriff: The United States After the Cold War</i> (New York: Council on Foreign Relations, 1997), 54, 93.</p> <p>46. Kurt M. Campbell and Ely Ratner, "The China Reckoning: How Beijing Defied American Expectations," <i>Foreign Affairs</i> 97, no. 2 (2018), Nick Turse, "Does the Pentagon Really Have 1,180 Foreign Bases," <i>Guernica</i>, January 9, 2011; "US General Warns China Is Actively Seeking to Set Up an Atlantic Naval Base" <i>The Hill</i>, May 7, 2021; John Reed, "Surrounded: How the U.S. Is Encircling China with Military Bases," <i>Foreign Policy</i>, August 20, 2013;</p>
--	---	--

<p>of the Air Forces Professional Journal for Americas Priority Theater, March 8, 2021.</p> <p>30. L. S. Stavrianos, <i>Global Rift</i> (New York: William Morrow, 1981), 309-32,'</p> <p>Dong Wang, "The Discourse of Unequal Treaties in Modern China/" <i>Pacific Affairs</i> 76, no. 3 (2003): 399-425. It would be wrong, as Wang Hui has argued, to say that modernization in China was propelled by the shock of the Opium Wars.</p> <p>Rather, China was already undergoing its own modernization process. Wang Hui, <i>The End of Revolution</i> (London: Verso, 2009), 126-29.</p> <p>31. Ironically, this imperialist notion was perhaps best expressed by George Bernard Shaw in his drafting of <i>Fabianism and Empire: A Manifesto by the Fabian Society</i>, where Shaw declared that Britain was correct in its imperialist wars designed to enforce "international rights of trade and travel.... If the Chinese themselves cannot establish order in our sense, the Powers must establish it for them." <i>of the US War on China," People's Dispatch</i>, April 17, 2021; "Wipe Out China': US-Funded Uyghur Activists Train as Gun-Toting Foot Soldiers for Empire," <i>Grayzone</i>, March 31, 2021.</p>	<p>briel and Joyce Kolko, <i>The Limits of Power</i> (New York: Harper and Row, 1972).</p> <p>38. See "Australia's Security and the Rules-Based Order," <i>Lowy Institute</i>, March 12, 2021.</p> <p>39. G. John Ikenberry, "The Rise of China and the Future of the West," <i>Foreign Affairs</i> 87, no. 1 (2008): 32-34.</p> <p>40. Ikenberry, <i>Liberal Leviathan</i>, 281 ,</p> <p>41. Hillary Clinton (speech, Council on Foreign Relations, Washington DC, July 15, 2009), quoted in Ikenberry, <i>Liberal Leviathan</i>, 325.</p> <p>42. Robert F. Worth, "Can Jim Mattis Hold the Line in Trump's War Cabinet?/" <i>New York Times Magazine</i>, March, 26, 2018. Trump's policy from the start was to engage in a New Cold War with China, while reaching a detente with Russia. In the end, the bipartisan result was to attack both China and Russia, treated as a portedly stated: "if you stood up and threatened to shoot [Trump] he couldn't say postwar rules-based international order." "Australia's Security and the Rules-Based Order"; Antony Blinken, "Bannon's Vision of the World Isn't What Makes America Great," <i>Foreign Policy</i>, February 28, 2017; John Bellamy Foster, <i>Trump in the White House</i> (New York: Monthly Review Press, 2017), 32, 51-52, 84-85.</p>	<p><i>Economy, The Third Revolution</i>, 213.</p> <p>47. Ikenberry has recently argued that the new opening to so-called humanitarian intentions is itself built on the Westphalian system of the sovereignty of states. But this goes against the wide-spread sense that these intentions, which have led to continual Warfare under U.S. auspices since the 1990s, constitute in fact a fundamental change in the international order, identified with the notion of the rules-based international order. Perhaps because of the conflict that this poses for Ikenberry's own conception of liberal internationalism, he has, in his latest work, largely abandoned the term rules-based order that he himself did so much to promote, and that is now associated with a system of liberal-intentionalist hegemony enforced by the United States and its allies. Ikenberry, <i>A World Safe for Democracy</i>, 298.</p>
<p>48. Ikenberry, <i>A World Safe for Democracy</i>, 245, 253, 276.</p> <p>49. Karl Marx and Frederick Engels, <i>Collected Works</i>, vol. 10 (New York: International Publishers, 1975), 266-67, 672-73. Compare Samir Amin, "China 2013," <i>Monthly Review</i> 64, no. 10 (March 2013): 25. On the Taiping Revolution, see John Newsinger, "The Taip-</p>	<p>60. Amin, "China 2013," 14-28; Foster, "China 2020"; Wang Hui, <i>China's Twentieth Century</i> (London: Verso, 2016), 140; Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 2, 311-17, 352-58. Xi indicates in the foregoing pages his admiration for Robert Heilbroner's <i>Marxism: For and Against</i> (New</p>	<p>Yiping Huang, and Yang Yao (Washington DC: Brookings Institution, 2020), 278-301; Amin, "China 2013," 24, 27.</p> <p>64. Klaus Schwab, <i>Shaping the Fourth Industrial Revolution</i> (New York: Currency, 2018); "Comparing United States and China by Economy," <i>Statistical Times</i>, May 15, 2021; "How It Happened"; Xi, <i>The Governance of China</i>, 523.</p>

<p>ing Peasant Revolt," <i>Monthly Review</i> 52, no. 5 (October 2000): 29-37.</p> <p>50. Marx was perhaps the foremost European critic of the Second Opium War. See Karl Marx and Frederick Engels, <i>On Co/onlyalism</i> (New York: International Publishers, 1972), 112-25, 212-25, 231-49; Samir Amin, "Forerunners of the Contemporary World: The Paris Commune (1871) and the Taiping Revolution (1851-1864)" <i>International CriticalThought</i> 3, no. 2 (2013): 159-64.</p> <p>51. Amin, "China 2013," 25-26.</p> <p>52. Mao Zedong, "The Chinese People Have Stood Up!" (opening address, First Plenary Session of the Chinese People's Political Consultative Conference, Beijing, September 21, 1949), available at china.usc.edu.</p> <p>53. Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 1, 37; Xi Jinping, <i>The Governance of China</i>, vol. 3, 14; Allison, <i>Destined for War</i>, 122.</p> <p>54. Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 1, 6-22; Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 2, 269.</p> <p>55. Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 3, 6, 20, 25, 417-24.</p> <p>56. Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 3, 20; Kenneth Pomeranz, <i>The Great Divergence: China, Europe and the Making of the Modern World Economy</i> (Princeton: Princeton University Press, 2000).</p> <p>57. Vijay Prashad, "The Internationalist Lenin: Self-Determination and Anti-Colonialism," <i>MR Online</i>, August 10, 2020.</p> <p>58. Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 2, 590.</p> <p>59. Ikenberry, "The Rise of China and the Future of the West," 26; "What</p>	<p>York: W. W. Norton, 1980). See also Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 3, 96-98.</p> <p>61. Amin, "China 2013," 26; Paul M. Sweezy, "Post-Revolutionary Society" <i>Monthly Review</i> 32, no. 6 (November 1980). China's political-economic system is sometimes referred to as "state capitalist." Amin adopted this term, for the sake of argument, as a useful but somewhat misleading designation, recognizing that it tended to oversimplify. For Amin, state capitalism was a necessary phase in the development of socialism for developing countries, what mattered was the particular character of state capitalism, which in the Chinese case was seen as part of the long route to socialism. More recently, the "state capitalist" designation for China has been embraced by the Council on Foreign Relations. Others, such as Lowell Dittmer, an East Asian specialist at Berkeley, refer to China's present reality, particularly in the Xi era, as "an adoptive Chinese form of state socialism, with limited (and closely monitored) capitalist characteristics." Neither characterization quite captures the complexity of the current Chinese social formation, which the Chinese leadership refer to as a society in the primary stage of socialism. See Amin, "China 2013," 20; Robert D. Blackwill and Jennifer M. Harris, <i>War by Other Means</i> (Cambridge, MA: Harvard University Press, 2016), 36-37; Lowell Dittmer, "Transformation of the Chinese Political</p>	<p>65. Thomas Friedman, <i>The Lexus and the Olive Tree</i> (New York: Anchor, 2000), 101-11. For China, its historic territory includes not only Hong Kong, Macao, and Taiwan, but also islands in the South China Sea that were long recognized as belonging to China. See "Historical Support for China's South China Sea Territorial Stance," <i>Maritime Executive</i>, August 10, 2019.</p> <p>66. David Sacks, "Countries in China's Belt and Road initiative/" <i>Council on Foreign Relations</i>, May 24, 2021; Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 1, 315-24; Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 2, 544-49.</p> <p>67. "How It Happened"</p> <p>68. "Reported Cases and Deaths by Country or Territory," <i>COVID-19 Coronavirus Pandemic</i>, <i>Worldometer</i>, accessed June 1, 2021.</p> <p>69. Xi, <i>The Governance of China</i>, vol. 2, 594.</p> <p>70. Wang Hui, "Revolutionary Personality and the Philosophy of Victory: Commemorating Lenin's 150th Birthday," <i>Reading the China Dream</i> (blog), April 21, 2020.</p> <p>71. "Why China's Vaccine Internationalism Matters/" <i>Qiao Collective</i>, April 8, 2021 [updated June 2021]; "EU Vaccine Exports Outstrip Number of Shots Given to Its Own People," <i>Bloomberg</i>, April 14, 2021; "EU Vaccines: Millions Exported to Rich Countries, Less to Poor Countries," <i>Brussels Times</i>, May 8, 2021, 72, "US Secretary of State Antony Blinken Talks to FT Editor Roula Khalaf," <i>Financial Times</i>, May 4, 2021; "State of the Order: Assessing February 2021," <i>Atlantic Council</i>, March 16, 2021.</p>
--	--	--

<p>Does It Mean to Eradicate Absolute Poverty?," Qiao Collective, December 3, 2020; "China's Economic Development in 40 Years" China Daily, accessed June 4, 2021.</p>	<p>Economy in the New Era," in China's Political Economy in the Xi Jinping Epoch, ed. Lowell Ditmer(Singapore: World Scientific Publishing, 2021 ), 6-8. 62. John Bellamy Foster and Robert McChesney, The End/ess Crisis (New York: Monthly Review Press, 2012), 155-83; Intan Suwandi, Value Chains (New York: Monthly Review Press 2019), 42-67. 63. Peter A. Petri, "Technological Rivalry," in China 2049, ed. David Dollar,</p>	<p>73. "China Close to Producing 5 Billion COVID-19 Vaccine Doses Per Year," corN, Aprn 21, 2021. 74. Xi, The Governance of China, vol. 3,12. 75. Xi, The Governance of China, vol. 3,12. 76. Economy, The Third Revolution, 10-12,</p>
<p>77. Xi, the Governance of China, voi. 3, 20. The translation in the text here follows an earlier official translation of Xi's speech, which used the term principal contradiction rather than principal cha/&gt;/enge. See Xi, "Secure a Decisive Victory in Building a Moderately Prosperous Society in All Respects and Strive for the Great Success of Socialism with Chinese Characteristics for a New Era," Xinhua, October 18, 2017, 16. 78. Xi, The Governance of China, vol. 3, 20; "WhatWe KnowAboutChina's 'Dual Circulation' Economic Strategy," Reuters, September 15, 2020. 79. Xi, The Governance of China, vol. 3, 13, 79. in recent years, it has been frequently charged by Western power eiites and media that China has instituted predatory loans in Africa and otherdeveloping countries, designed to acquire assets from these countries. However, a study at Johns Hopkins University showed the</p>	<p>opposite to be true, demonstrating that China is more lenientwith respectto lending and conditionalities in interactions with developing countries than Western financial institutions and governments. See Kevin Acker, Deborah Brautigam, and Yufan Huang, "Debt Relief with Chinese Characteristics" (working paper no. 39, China Africa Research Initiative, Johns Hopkins School of Advanced International Studies,June 2020). 80. "How It Happened." 81. Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man (New York: Free Press, 1992). 82. Campbell and Ratner, "The China Reckoning"; Onille Schell, "Crackdown in China: Worse and Worse," New York Times Magazine, April 21, 2016. 83. Allison, Destined for War, vii. 84. Immanuel Wallerstein, The Politics of the World~Economy (Cambridge: Cambridge University Press, 1984) 37-46.</p>	<p>85. Rick Rozoff, "NATO Headquarters: Foreign Ministers of One Billion People Throw Down Gauntlet to China, Russia/" Anti-Be//um, March 24, 2021 ; Rozofi, "International Law vs. Rules-Based International Order"; Haass, The Re/uctant Sheriff, 54, 93; Clinton quoted in Danny Haiphong, "Off the Rails: New Report by Coorporate-Funded Think-Tank Reveals How Profit-Driven Moteives Drive New Cold War Against China," Covert Action Magazine, June 5, 2021. 86. Jeremy Kuzmarov, "What's Behind the Biden Administration's New \$100 Billion Nuclear Missile System?/' Covert Action, March 9, 2021; "Defense Primer: Ground Based Strategic Deterrent (GBSD) Capabilities/" Congressional Research Service, November 10, 2020. 87. Karl Marx and Frederick Engels, Ire/and and the Irish Ouestion (Moscow: Progress Publishers, 1971), 142; Karl Marx and Frederick Engels, Co//ected Works, vol. 25, 153.</p>